**Bezugs-Preis**

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn ö K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

**Redaktion und Expedition:** Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
**Berliner Redaktions-Bureau:** Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

**Morgen-Ausgabe B.**

# Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

**Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.**

**Anzeigen-Preis**

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

**Haupt-Filiale Berlin:** Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10. Telephon VI, Nr. 4603.
**Filial-Expedition: Dresden,** Marienstr. 34.

**Nr. 31.** **Donnerstag** 31. Januar 1907. **101. Jahrgang.**

## Das Wichtigste vom Tage.

* Der „Reichsanzeiger" gibt einen Erlaß des Kaisers bekannt, in dem dieser für die ihm zum Geburtstag dargebrachten Huldigungen und die nationale Haltung der deutschen Wählerschaft seinen Dank ausspricht. (S. Dtschs. R.)

* Die Regierung gibt in der „Nordd. Allg. Ztg." die Stichwahlparole aus „gegen die Sozialdemokratie". (S. Wahlkampf.)

* Der durch die Katastrophe im Saarrevier angerichtete Schaden beläuft sich auf 6 Millionen Mark. (S. Neues a. a. W.)

* Justizminister Polonyi hat dem Ministerpräsidenten sein Entlassungsgesuch überreicht.

* Nach einer Meldung des „Globe" ist das Entlassungsgesuch des Gouverneurs von Jamaika Swettenham angenommen worden.

* Ein Gefängnisdirektor wurde in Petersburg auf der Straße erschossen. (S. Ausl.)

* Im Beuchaer Landfriedensbruchprozeß wurde gestern nacht das Urteil gefällt. Die Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 4 Monaten bis zu 1 Jahre 9 Monaten verurteilt. (S. 3. Seite.)

## Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

Die Nachtwächter der marxistischen Orthodoxie schreiben sich im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie die Finger wund, um die Dernburgsche Behauptung zu widerlegen, daß die Kolonialpolitik gerade in erster Linie der Arbeiterschaft zugute komme. Sie sind so völlig in die tausendmal widerlegte Marxsche Wertheorie, wonach nur die Arbeit die Quelle aller Werte bildete, verrannt, daß sie im blinden Größenwahne behaupten, das Lied, das Dernburg vortrage, sei nur eine „Variation der alten Kinderfibelökonomie", die es den Arbeitern um so besser gehen läßt, „je mehr die herrschenden Elemente als Privatleute und durch den Staat verschwenden". Diese „famose Oekonomie" trage nicht, woher das Geld stamme, das aus den Händen der Reichen und den Kassen des Staates unter „die Leute" kommt. „Ist es in diesen Händen und Kassen gewachsen oder vom Himmel hineingefallen? Nein, diese Werte mußten zuerst geschaffen werden durch Arbeiter, und dann wurden sie diesen in verschiedenen Formen als Profit, Steuer und dergleichen abgenommen." So volkswirtschaftlert der „Vorwärts". Seine „famose Oekonomie" fragt nur nicht, woher die Rohstoffe stammen, welche unter den Händen der Arbeiter zu Industrieerzeugnissen werden, noch woher die Stoffe zu der Nahrung und Kleidung, die sie für ihren Lohn kaufen können. Sind diese Stoffe in ihren Händen oder Schüsseln gewachsen, oder vom Himmel hineingefallen? Nein, sie mußten erst irgendwo dem Boden abgewonnen werden, bevor sie dem Arbeiter es ermöglichten, sich von seiner Hände Arbeit zu ernähren. Aus diesem Grunde gerade sollte der Arbeiter ein Interesse an jedem Stück Erde haben, das ihn billig mit Nahrung oder Rohstoffen versorgen kann.

Wer auf dem Lande lebt oder gelebt hat, weiß, welche Rolle dort der Raum, der Boden als Futterplatz in der Vorstellungswelt der Menschen spielt. Dies allein erklärt die Prozeßwut der Bauern bei den geringsten Meinungsverschiedenheiten über die Lage eines Grenzsteines oder sonstige Rechtsfragen, die sich auf das Grundeigentum beziehen. Der Landmann weiß eben, daß seine Muskelkraft wenig gilt ohne den Acker, der ihm Früchte liefert, und er weiß, daß, wenn er ein Stück Erde sein eigen nennt, er die Augen offen behalten muß, um seinen Besitz zu behaupten; denn das Dichten und Trachten der Menschen geht auf materiellem Gebiete in erster Linie dahin, sich durch möglichst ausgedehnte Besitzrechte am Boden, als der Grundlage aller menschlichen Existenz, einen möglichst großen Einfluß auf die Güterproduktion zu verschaffen. Wie konnte nun in den Sozialisten, soweit sie auf Marx' Schultern stehen, die Illusion sich herausbilden und erhalten, daß nur in der menschlichen Arbeit die Grundlage des Volkswohlstandes und „Reichtums" zu sehen sei? Weil das Maschinenzeitalter die gewerblichen Arbeiter von der Scholle loslöste und durch Entwickelung des Exportindustrialismus von der heimischen Landwirtschaft unabhängig machte. Dieselben Schiffe, die die Erzeugnisse der Industriestaaten nach überseeischen Ländern tragen, bringen, zum Teil als Ballast, Getreide, Nahrungsmittel, Rohprodukte zurück. Erzeugnisse, die durch extensive Bewirtschaftung neuer, jungfräulicher Böden bisher drüben in Hülle und Fülle spielend leicht gewonnen werden konnten. So wurde in den Exportländern gleichsam Arbeit aus- und Boden eingeführt. Die Bevölkerung konnte ungehindert anwachsen, und die Lebenshaltung infolge der durch ihre Konzentration bewirkten Steigerung der Produktivkraft sich ständig heben. Daß das Vorhandensein überseeischer, unerschlossener jungfräulicher Böden die Voraussetzung für das rasche Tempo der Reichtumsvermehrung bildet, daß überhaupt unsere Bedarfsdeckung trotz aller Fortschritte der Technik immer noch im wesentlichen von der Ergiebigkeit des Bodens abhängt, kam den Industriearbeitern nie zum Bewußtsein. Ihnen schien es, fern von den Stätten der Urproduktion, als zauberten sie mit ihrer Muskelkraft die Mittel zum Lebensunterhalt aus dem Nichts hervor, und als könne es mit dieser Zauberei niemals ein Ende nehmen. Hier liegt der Ursprung des Größenwahnes der Besitzer der Ware Arbeitskraft, und weil diese bisher sich nicht um die Herkunft der Bodenerzeugnisse, von denen sie in Nahrung, Kleidung und Wohnung abhängen, zu kümmern, noch zu sorgen brauchten, deshalb kam ihnen das Gefühl für die Notwendigkeit, den Nahrungsspielraum des Volkes mit politischer Macht zu behaupten und nach Maßgabe der Bevölkerungszunahme zu erweitern, abhanden.

Der „Vorwärts" wirft der bürgerlichen Gesellschaft vor, sie verwechsle bei der Schätzung des Wertes der Kolonien für den Bezug von Bodenerzeugnissen natürlichen Reichtum mit gesellschaftlichem Reichtum. Dieser sei auf Arbeit gegründet, da auch jener nur durch Arbeit zu gesellschaftlichem Reichtum werden könne. Folglich sei doch die Arbeit die Quelle aller Werte. Man brauche nur die Schweiz mit Südamerika zu vergleichen, damit einem diese Wahrheit sonnenklar werde. Die Schweiz hat wenig natürliche Reichtümer, verfügt aber über gesellschaftlichen Reichtum, dank der Intelligenz und dem Gewerbefleiß seiner Bewohner; Südamerika dagegen hat große natürliche Schätze, aber der gesellschaftliche Reichtum ist gering, weil eine tüchtige, arbeitsame Bevölkerung fehlt. Diese Logik steht genau auf der Höhe des Satzes: „Wenn im Frühling die Frösche zeitig quaken, schlägt auch das Laub heraus; falsch quaken die Frösche das Laub aus den Bäumen heraus." Die Schweiz ist altes Kulturland und würde politisch, wenn ihm nicht seine Berge einen natürlichen Schutz gewährten, nur von der europäischen Mächte Gnaden existieren. Sein Gewerbefleiß könnte ihm wenig nützen, wenn ihm der Bezug von Rohstoffen und Nahrungsmitteln allzusehr erschwert würde. Wie kann man aber einen noch so wenig erschlossenen Erdteil wie Südamerika damit vergleichen? Gewiß sind natürliche Reichtümer so lange nichts wert, als keine menschliche Arbeit darauf verwandt wird, aber ist es deswegen gleichgültig, ob das Land, in dem man arbeitet, über viele oder wenige natürliche Reichtümer verfügt? Als ob nicht der Lohn der Arbeit im allgemeinen immer dort am höchsten wäre, wo die Beschaffung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln mit den geringsten Schwierigkeiten verknüpft ist. Die ganze Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika bildet einen einzigen Beweis für diese Tatsache.

Daß für die deutsche Lohnarbeiterschaft schwere Zeiten kommen müssen, wenn einmal in England der imperialistische, in Amerika der allamerikanische, in Ostasien der allasiatische Gedanke zur Vorherrschaft und zu praktischer Durchführung auf wirtschaftlichem Gebiete gelangt, das empfindet man in den Kreisen der deutschen Sozialdemokratie sehr wohl. Man sucht aber den Glauben zu erwecken, nur die deutsche Weltpolitik sei die Urheberin dieser Entwickelungstendenzen. Das wurde kürzlich allen Ernstes wieder im „Vorwärts" behauptet. Eine solche Hypothese könnte einigermaßen plausibel gemacht werden, wenn Deutschland in Mutterland und Kolonien über so große natürliche Reichtümer verfügte, daß deren Abschließung gegen das Ausland eine wirtschaftliche Gefahr für Reiche wie Großbritannien und die nordamerikanische Union bedeutete. So, wie die Dinge liegen, kann es sich aber bei einem deutschen Imperialismus nur um einen Akt der Notwehr gegen die wirtschaftliche Abschließungspolitik in den bestehenden, sich entwickelnden angelsächsischen, russischen und slawischen Weltreichen handeln, und die Sozialdemokratie treibt mit den Interessen der deutschen Arbeiterschaft ein frivoles Spiel, wenn sie einer Kolonialpolitik entgegenarbeitet, welche wie die Dernburgs, der deutschen Produktion einen großen Teil derjenigen Rohstoffe sichern will, die zum eigenen Verbrauch innerhalb der Nation und zum Zwecke der Verebelung des Arbeitsmaterials vieler Millionen deutscher Arbeiter dienen, und welche ferner dieser deutschen Bevölkerung durch billige Produktion von Nahrungsstoffen eine bessere Lebenshaltung zu ermöglichen sucht.

## Das Wahlergebnis in Württemberg.

In Württemberg haben ebenfalls die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen eine schwere Niederlage erlitten. Von ihren vier Mandaten sind drei verloren gegangen: Eßlingen an die Nationalliberalen, Göppingen-Gmünd an die Demokraten, und in Böblingen spielt sich die Stichwahl zwischen Bauernbund und Volkspartei ab; die Sozialdemokratie ist ausgeschalten. Stuttgart haben die Sozialdemokraten zwar zu behaupten vermocht, aber doch auch nur mit Mühe. Nur wenig mehr als tausend Stimmen fehlten, sonst hätte sich der Sozialdemokrat mit dem bürgerlichen Kandidaten noch in der Stichwahl messen müssen, deren Ausgang unsicher gewesen wäre. Der nationalliberale Kandidat hat gegenüber der Wahl von 1903 eine kolossale Stimmenzunahme erzielt — von rund 14 500 auf rund 22 000 —, woraus hervorgeht, daß hier die Partei der Nichtwähler stark auf die Beine gebracht worden ist. Auch von den Stimmen der Volkspartei, die für Stuttgart die Wahl freigegeben hatte, ist offenbar der größte Teil auf den Nationalliberalen gefallen. Nicht nur in Stuttgart, sondern im ganzen Lande ist es gelungen, zahlreiche sonst lässige bürgerliche Wähler an die Urne zu bringen, so daß die Wahlbeteiligung stellenweise außerordentlich stark war.

Wesentlich zum Erfolg beigetragen hat dann das Abkommen zwischen der Deutschen Partei und der Volkspartei. Es bewirkte, daß in keinem Bezirke die beiden Parteien einander bekämpften, in verschiedenen dagegen Seite an Seite standen. Das hat die Freudigkeit und Energie der Liberalen belebt und gekräftigt. Besonders erfreulich ist, daß die Wähler der beiden Parteien die Abmachung der Parteileitungen im großen und ganzen loyal befolgt haben, obgleich es ihnen unter den Nachwirkungen der Landtagswahlen nicht überall leicht wurde. So regte sich im zweiten Wahlkreise (Cannstatt-Ludwigsburg) bei einem Teil der demokratischen Wählerschaft Widerspruch gegen die Unterstützung des nationalliberalen Führers Dr. Hieber, weil man diesem nicht verzeihen konnte, daß er bei den Landtagswahlen in eben demselben Bezirke die nationalliberalen Wähler rednerisch zur Unterstützung des Bauernbundes gegen die Volkspartei aufgerufen hatte. Aber schließlich erwies sich doch die politische Einsicht stärker als die Verstimmung, und so wurde Professor Hieber mit fast 4000 Stimmen Mehrheit gegen den Sozialdemokraten Keil glänzend gewählt. Mit unerwartet großer Mehrheit — etwa 2900 Stimmen — siegte auch in Eßlingen der „Block"-Kandidat Wepfel (Nationalliberal) über den bisherigen sozialdemokratischen Vertreter Schlegel. Eine Ueberraschung war dann das Ergebnis in Göppingen-Gmünd, wo der bisherige Abgeordnete Lindemann (Sozialdemokrat) gegen den Demokraten Wieland (unterstützt von der Deutschen Partei und dem Bauernbund) um 1500 Stimmen in der Minderheit blieb, eine Ueberraschung, zumal im Hinblick auf die Haltung des Zentrums, das hier vor der Wahl seine Kandidatur zurückgezogen hatte. Wie diese Zurückziehung gedacht war, zeigen deutlich die Kommentare des führenden Zentrumsorgans, das den Sozialdemokraten gerade heraus als das kleinere Uebel bezeichnete. In dem Mehr von 2900 Stimmen, das der Sozialdemokrat gegen die letzte Wahl erzielt hat, stecken dann auch Hunderte Zentrumsstimmen, wenngleich immerhin in bescheidenem Maße.

Das Zentrum hat überhaupt eine eigenartige, freilich bei ihm nicht gerade ungewöhnliche Taktik beobachtet. Sie bestand einmal darin, alles zu vermeiden, was die Sozialdemokratie beeinträchtigen konnte, und sodann darin, den Konservativen bzw. dem Bund der Landwirte eine Förderung angedeihen zu lassen, die auf eine weitgehende „entente cordiale", vielleicht sogar noch auf etwas mehr schließen läßt. Einen charakteristischen Ausdruck fand dieses Verhältnis in der Tatsache, daß in Heilbronn das Zentrum unmittelbar vor der Wahl seine Kandidatur zurückzog und seine Wähler zum Eintreten für den Bauernbündler Dr. Wolff — nebenbei bemerkt: ein früherer protestantischer Pfarrer — kommandierte, ausgesprochenermaßen zu dem Zweck, zu verhüten, daß der Bauernbund, der das Mandat zuletzt besaß, aus der Stichwahl verdrängt werde. Das ist dann auch, da das Zentrum dort über reichlich 4000 Stimmen verfügt, erreicht worden. Dennoch aber hat die Rechnung ein Loch gehabt, denn nicht der Sozialdemokrat Feuerstein, sondern Friedrich Naumann, der Kandidat der Liberalen ist es, mit dem sich der Bauernbündler in der Stichwahl zu messen hat. Und so dürfte es, trotz der kraftvollen Zentrumshilfe, um das bauernbündlerische Mandat in Heilbronn geschehen sein, denn den Sozialdemokraten, die den Ausschlag zu geben haben, wird die Wahl kaum schwer fallen. Die Heilbronner Wahl ist eigentlich die interessanteste in Württemberg gewesen. Die Zugkraft des Namens Naumann hat sich dort als ungewöhnlich stark erwiesen. Charakteristisch hierfür ist ein Ausspruch Konrad Haußmanns, der erklärte, „die Schwaben haben es sich in den Kopf gesetzt, Naumann in den Reichstag zu bringen und sie werden es durchsetzen". Uebrigens haben die Nationalliberalen des Wahlkreises dazu noch Kräften beigetragen; sie haben sich durch die Parole der Stuttgarter Parteileitung zugunsten des Bauernbündlers nicht abhalten lassen, zum weitaus überwiegenden Teil für Naumann zu stimmen.

Der Bauernbund (Bund der Landwirte) hat von seinem bisherigen Besitzstand Backnang im ersten Wahlgang behauptet, Crailsheim, das er zuletzt besaß, ist ihm in der Stichwahl ebenfalls sicher. Von den übrigen drei Stichwahlen, an denen er gegen die Demokraten beteiligt ist — Heilbronn, Böblingen und Calw — dürfte er kaum etwas zu erwarten haben. Wir sagen vorsichtig dürfte: denn den Ausschlag geben die Sozialdemokraten, und da fragt es sich, ob diese die Drohungen, die sie nach dem Abschluß des Wahlübereinkommens zwischen Volkspartei und Deutscher Partei ausgestoßen haben, wahrmachen und an der Volkspartei bei den Stichwahlen Rache nehmen werden, indem sie für Bauernbund und Zentrum stimmen.

Die Volkspartei ist an sämtlichen sieben Stichwahlen beteiligt, und zwar steht sie viermal gegen den Bauernbund, zweimal gegen das Zentrum und einmal — in Ulm — gegen die Sozialdemokratie. Da in Ulm neben dem Bauernbund das Zentrum den Ausschlag zu geben hat, so ist immerhin, auch abgesehen von dem sozialdemokratischen Rachedurst gegen die Volkspartei, Gelegenheit zu Handelsgeschäften vorhanden. Es fragt sich aber doch, ob die sozialdemokratische Parteileitung ihren Wählern zumuten kann — und zwar mit Erfolg — für Bauernbund und Zentrum gegen die Demokratie zu stimmen. Vielleicht würde sie in diesem Falle ein blaues Wunder erleben, denn Württemberg ist nicht Bayern. Immerhin muß man mit Versuchen nach dieser Richtung rechnen. Vor allem dürften die Sozialdemokraten versuchen, den verhaßten volksparteilichen Führer Konrad Haußmann, den man für den Vater der Abmachung mit der Deutschen Partei hält, in Balingen, wo er in der Stichwahl gegen das Zentrum steht, zu Fall zu bringen. Mit welchem Erfolg, steht dahin. Einstweilen ist zu sagen, daß von den sieben Stichwahlen nur eine, nämlich die in Crailsheim, von vornherein für die Volkspartei aussichtslos ist; die übrigen sechs kann sie, wenn es gut geht, sämtlich gewinnen; aber auch im ungünstigen Falle wird sie verstärkt in den neuen Reichstag einziehen. Bei der letzten Reichstagswahl brachte sie in der Hauptwahl überhaupt kein Mandat durch, jetzt hat sie deren schon zwei. Eine besondere Genugtuung für die Demokratie ist, daß ihr Führer Payer in Reutlingen wider Erwarten, dank auch der kräftigen Unterstützung von nationalliberaler Seite, schon im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde.

Die Deutsche Partei, die zuletzt nur ein Mandat besaß, hat jetzt zwei, an Stichwahlen ist sie nicht beteiligt.

Das Zentrum hat natürlich seine vier Mandate behauptet. Bemerkenswert ist indessen seine Stimmenzahl, die vielfach stark gestiegen ist. Allerdings wurde mit Hochdruck gearbeitet. Jedenfalls hat die Wahlparole: Gegen das Zentrum! hier nicht viel ausgerichtet. Die Zeche haben allein die Sozialdemokraten bezahlen müssen. Die bürgerliche Linke darf sich des Erfolges freuen, um so mehr, als er erzielt worden ist, ohne daß Konservative und Bauernbündler überall „national" gehandelt hätten. Sie haben es sich nicht versagen können, der Volkspartei mehrfach Sonderkandidaturen entgegenzustellen, die leicht hätten gefährlich werden können. Daß sie es nicht geworden sind, ist natürlich nicht das Verdienst des Bundes der Landwirte.

## Der Reichstagswahlkampf.

* **Aus dem 15. sächsischen Wahlkreis** (Mittweida). Es stellt sich heraus, daß man bei der Auszählung im Stadt- und Landkreis Limbach dem sozialdemokratischen Kandidaten Stücklen 1000 Stimmen mehr zugerechnet hatte, als er erhalten. Dies bringt eine wesentliche Veränderung in das Bild des Gesamtresultats im Wahlkreis. Statt 18 322 Stimmen zählt Stücklen nunmehr nur noch 17 322, und auf die Ordnungsparteien entfallen wie bisher für Starke (kons.) 6942 und auf Dr. Döbel (natl.) 8594 Stimmen. Interessant ist auch ein Blick auf die Wahlbeteiligung. Diese betrug im ganzen Wahlkreis 90,02 Proz.; am besten war sie unter den fünf Bezirken in der Augustusburger Pflege mit 94,14 Proz., dann folgen Burgstädt mit 94,09 Proz., Frankenberg mit 92,23 Proz., Mittweida mit 91,43 Proz. und Limbach mit 83,89 Proz. Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen ist außerordentlich groß. Am 16. Juni 1903 erhielt der damals gewählte Sozialdemokrat gegenüber dem Kandidaten der Ordnungsparteien ein Stimmenplus von 7792, im November 1903 (Nachwahl) von 5530 und am verflossenen Freitag von nur noch 1787 Stimmen. Beträchtlich ist der Stimmenzuwachs der bürgerlichen Parteien. Von diesen wurden abgegeben im Juni 1903 11 478 Stimmen, bei der Nachwahl desselben Jahres nur 10 509 und bei der Hauptwahl am letzten Freitag 15 536 Stimmen.

§ **Zittau**, 29. Januar. (Das amtliche Wahlergebnis.) Die Zusammenstellung der Wahlergebnisse des 1. Reichstagswahlkreises wurde heute bekannt gegeben. Von 27 509 Wahlberechtigten haben 25 013 gewählt, das sind ziemlich 91 Proz., genau genommen 90,9 Proz. der Wahlberechtigten, gegen 83,3 Proz. im Jahre 1903. Von den 25 013 abgegebenen Stimmen erhielt Kaufmann Burckberg, freisinnige Volkspartei, 11 136, Schriftsteller Fischer, Sozialdemokrat, 10 725, Rittergutsbesitzer Frohberg, Bund der Landwirte, 2262, und Schriftsteller Erzberger, Zentrum, 837 Stimmen.

**Borna**, 30. Januar. Zu der bevorstehenden Stichwahl sind die Vorbereitungen bereits in vollem Gange. Sehr erfreulich und für den Ausgang der Stichwahl von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, daß die Reformpartei und besonders ihr Kandidat Curt Fritzsche in Leipzig öffentlich für die Kandidatur Liebert eintritt. Trotzdem werden die vereinigten Ordnungsparteien ihre ganze Kraft aufbieten müssen, um der Sozialdemokratie gegenüber Sieger zu bleiben.

*

* **Die Stichwahlparole der Regierung.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zum Wahlkampfe unter der Ueberschrift „Zur Stichwahl": Eine Schlacht ist geschlagen; nicht die letzte. Nun geht es zum entscheidenden Kampfe. Von dem Ausfall der Stichwahlen wird es abhängen, ob der Sieg, den alle bürgerlichen Parteien am 25. Januar über die Sozialdemokratie feierten, zur vollen Niederlage des Gegners führen wird. Für seine besonderen politischen Anschauungen hat jeder bei der Hauptwahl gekämpft: Das war sein gutes Recht. Jetzt gilt es, zurückzustellen, was die bürgerlichen Parteien voneinander trennt und hervorzuheben, was sie eint. Nationales Empfinden, religiöse Ueberzeugung und ernste Sorge für das wahre Wohl des Volkes fordern gemeinsame Tat, auch wenn sie mit Opfern verbunden ist. Nicht Stimmenthaltung, nicht bequemes Geschehenlassen, nein, einhellige Abgabe aller Stimmen gegen die Sozialdemokratie! Das ist die Losung für die Stichwahlen. — Diese Parole zeigt leider, wie wenig ernst es der Regierung um einen prinzipiellen Kampf gegen das Zentrum zu tun ist. Sie liebäugelt schon wieder mit ihm und scheut sich sogar nicht, das religiöse Empfinden mit in die Stichwahlkämpfe hineintragen zu wollen. Man kommt da fast auf den Gedanken, als wäre es der Regierung um die Schaffung einer konservativ-ultramontanen Mehrheit im Reichstag zu tun, eine Gefahr, die trotz der erfreulichen Erstarkung des bürgerlichen Liberalismus nicht von der Hand zu weisen ist. So wenig uns diese Gefahr in Sachsen dahin führen darf, bei den Stichwahlen von liberaler Seite aus die Konservativen im Stich zu lassen, so wenig haben wir doch Anlaß eine noch weitere Verstärkung des Zentrums nach der Regierung Willen zu bekämpfen: Kein liberaler Mann kann einem Zentrumskandidaten auch bei der Stichwahl mit einem Sozialdemokraten seine Stimme geben. Dieses treffende Wort der „Köln. Ztg." wird im Rheinland und Westfalen hoffentlich bessere Wirkung ausüben als die zentrumsfreundliche Regierungsparole.

* **Die Wahlparole des Zentrums in Westdeutschland.** Nach einer Meldung der „Kölnischen Volkszeitung" wurde in einer am 29. Januar in Köln abgehaltenen Besprechung über die bevorstehenden Stichwahlen zum Reichstage, an der die Vorsitzenden der Landeskomitees, bezw. der Provinzialausschüsse der Zentrumspartei der Rheinprovinz, der Provinzen Westfalen und Hessen-Nassau, des Großherzogtums Hessen und der Rheinpfalz, sowie eine Anzahl weiterer Vertrauensmänner der Zentrumspartei teilnahmen, beschlossen, dem Wahlkomitee der Zentrumspartei zu empfehlen, nur diejenigen Kandidaten zu unterstützen, die sich verpflichten, einzutreten: 1. für die Aufrechterhaltung des geltenden Reichstagswahlrechtes, gegen jede Beschränkung des Koalitionsrechtes und für die Fortführung der sozialen Reformgesetzgebung, sowie gegen jedes Ausnahmegesetz auf politischem Gebiete, 2. für Sicherung der vollen Religionsfreiheit in allen deutschen Bundesstaaten im Sinne des Toleranzantrages, sowie gegen jedes Ausnahmegesetz auf religiösem Gebiete.

* **Stichwahltermin.** Für die Wahlkreise Eisenach, Koburg, Jena und Weimar ist ebenfalls der 5. Februar als Tag für die Stichwahlen festgesetzt worden.

nlc. **Verlorene und gewonnene nationalliberale Mandate.** In 9 Wahlkreisen, welche 1903 nationalliberal gewählt hatten, geht das Reichstagsmandat auf andere Parteien über. In den Wahlkreisen Harburg, Mülhausen und Kaiserslautern, wo die früheren Abgeordneten Depken, Schlumberger und Schmidt auf ihre Wiederaufstellung verzichtet hatten, war, wie schon erwähnt, von vornherein mit diesem Verlust zu rechnen. — Heiß umstritten ist ferner von jeher der Wahlkreis Schwerin gewesen; der Wahlkreis Neidenburg gehörte früher zum festen Besitzstand der Konservativen, der jetzt von ihnen zurückgewonnen wurde. — Unerwartet kam der Verlust der Wahlkreise Goslar, Wanzleben, Geestemünde und des badischen Wahlkreises Sinsheim. Diesen letzteren 4 verlorenen Wahlkreisen steht indes der Gewinn der Wahlkreise in Hoyerswerda (Bassermann), Magdeburg (Kobelt), Löbau (Weber), Leipzig (Junck), Rudolstadt (Müller), Gera (Horn), Celle (Wehl), Nienburg (Dr. Arning) und Eßlingen (Dr. Wegel) gegenüber.

* **Konservative Hoffnungen.** Die „Neue politische Correspondenz" schreibt: Nach parteioffizieller, sorgfältiger Zusammenstellung sind Deutschkonservative in der Hauptwahl 43 gewählt, während 29 zur Stichwahl stehen. Hiervon können als sicher gelten 15 Sitze, so daß die Partei, die bisher 52 Sitze besaß, mit 58 Mitgliedern im neuen Reichstage erscheinen wird. Noch günstiger stellt sich das Verhältnis bei den Freikonservativen. Diese hatten 22 Sitze inne und werden es durch die Stichwahl voraussichtlich auf 32 bringen, so daß die beiden konservativen Parteien, welche bisher 74 Sitze inne hatten, nunmehr mit 90 Abgeordneten in den neuen Reichstag einziehen.

* **Die Aussichten des Freisinns und der bürgerlichen Demokratie** sind recht günstig. Bisher wurden 11 ihrer Kandidaten gewählt, davon 1 Freisinnige Vereinigung, 6 Freisinnige Volkspartei; 2 Süddeutsche Volkspartei und 2 Wildliberale. Außerdem stehen in Stichwahl 54, nämlich 16 Freisinnige Vereinigung, 25 Freisinnige Volkspartei, 11 Süddeutsche Volkspartei, 2 Wildliberale. Sind von diesen 54 Stichwahlen auch etwa 14—16 ungünstig, so können die